

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auswärts, Zustellungsgebühr Einzel-
nummer 1 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostanstalten ange-
nommen. Im amtlichen Zeitungsver-
zeichnis unter Code-Zeitung einge-
tragen. Für unregelmäßig eingegan-
gene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Zulassung der Redaktion. **Verlag**
1140, der Anzeiger-Abt. Nr. 1142,
u. 1141, der Zeitung-Abt. Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4603.

Naale-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Anzeiger
werden d. 8. 34 mm dr. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. bezahlt in anderen An-
zeigenspreisen u. allen Anzeigens-
preisen angenommen. Reflektoren
die 92 mm dr. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmestelle vom
11 Uhr, für die Sonntags-Abt., abds.
1 Uhr, Adressen, sowie zur
Erfüllung: Halle, Schreiner-
str. 2, 2. mal, Sonntags 1 mal. Schreiner-
str. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Breitenweg 16, Dr. Baum-
hausstr. 17, Neben-Geschäftsstelle:
1. Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 309.

Halle, Sonnabend, den 5. Juli.

1919.

Hindenburg deckt Kaiser Wilhelm.

Einzelheiten über die Senkung der Lebensmittelpreise. — Ein englisches Weißbuch über die Hungernot in Deutschland als Ursache der ständigen Unruhen. — Wichtige Beschlüsse in der Nationalversammlung.

Hindenburg an den Reichspräsidenten.

„Allein verantwortlich.“

WTB. Berlin, 4. Juli. (Drahtnachricht.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg richtete anlässlich seines Rücktritts an den Reichspräsidenten folgende Draht-
nachricht:

Herr Reichspräsident! Die Unterzeichnung des Friedensvertrages gibt mir zu folgender Erklärung Veranlassung: Für alle Beratungen und Handlungen der Obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1918 trage ich die alleinige Verantwortung. Auch sind alle mit der Kriegsführung zusammenhängenden Entschlüsse und Befehle Sr. Majestät des Kaisers und Königs seit diesem Tage auf meinen ausdrücklichen Befehl und unter meiner vollen Verantwortung gefasst und erlassen worden. Ich bitte, diese Erklärung zur Kenntnis des deutschen Volkes und der alliierten Regierungen zu bringen.
gez. v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Hindenburg in Hannover.

WTB. Hannover, 4. Juli. Um 11 Uhr traf Generalfeldmarschall von Hindenburg auf dem hiesigen Bahnhof ein. Zu seinem Empfangen waren Vertreter des Magistrats und der Behörden anwesend. Bürgermeister Dr. Weber hielt eine Ansprache, auf die Hindenburg folgendes antwortete:

„Mein herzlicher Dank für den freundlichen Willkommensgruß. Die Zeiten sind schwer, aber sie müssen durchgemacht werden. Es ist nicht die deutsche Art, zu verzagen. Auch ich hoffe auf eine bessere Zukunft. Jeder einzelne Deutsche muß dazu helfen. Ich gehe in die Heimat zurück, und es ist mir ein Bedürfnis, sowohl Wohlwollen und Güte zu finden, die Ausdruck findet in dem herrlichen Heim, das mich meine Mitbürger bereitet haben. Gruß und vielen Dank allen Bürgern.“

Der Feldmarschall begrüßte darauf die Herren der verschiedenen Abteilungen durch Handdrück, und unter dem Jubel einer riesigen Menschenmenge, die immer und immer wieder lebhaftes Duellanten darbrachte, setzte er die Fahrt nach seinem Heim in der Seelhorststraße fort.

Hindenburg an die Studenten in Hannover.

WTB. Hannover, 4. Juli. Anlässlich einer Kundgebung der hiesigen Studentenschaft vor der Wohnung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, hielt dieser eine Ansprache an die Studenten, in der er sagte:

„Ich danke der Studentenschaft für den herzlichsten Willkommensgruß in meinem Heim. Der Geist der deutschen Jugend ist mit dem deutschen Vaterland verbunden und wird in aller Größe. Versagen Sie nicht, und helfen Sie mit, daß unsere Heimat uns nicht verlassen, sondern wieder leben kann. Dann wird Deutschland wieder erheben zur alten Höhe, zu wahrer Größe. Gedulde meinen besten Dank, vor allem auch den Kommilitaden, die ich hier nicht persönlich begrüßen kann.“

Die Liste der Auszuliefernden.

Bereits 167 Personen in der Liste.

Wesel, 4. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Times“ meldet aus Paris: Auf der Liste der von Deutschland auszuliefernden Personen standen bis 1. Juli 167 Namen. Unter den Auszuliefernden befindet sich der frühere Staatssekretär Hoffmann, sowie der frühere Statthalter von Elsaß-Lothringen.

Wichtige Abstimmungsergebnisse in Weimar.

WTB. Weimar, 4. Juli. In der Nationalversammlung wurden die letzten schließlichen Abstimmungen über Artikel 21 und 22 vorgenommen. In Artikel 21 wurde der Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, das Wahlminderheitsalter von 20 Jahren zu heben, und dessen Festsetzung in das Wahlgesetz zu verweisen, oder es auf 24 Jahre festzusetzen, gegen die Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt. Artikel 22 wurde nach dem Beschluß des Ausschusses mit der Wahlminderheit von 20 Jahren angenommen. Der Antrag wurde abgelehnt, wonach der Wahltag ein Sonntag oder Freitag sein sollte. In Artikel 23 wurde gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien, desentrums und eines Teiles der Demokraten angenommen. In Artikel 24 wurde die dreijährige Legislaturperiode in normaler Abstimmung mit 150 gegen 142 Stimmen abgelehnt und in eine

sechsjährige Legislaturperiode abgelehnt, gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien und eines Teiles der Demokraten angenommen.

Die Senkung der Lebensmittelpreise.

Die Mitarbeit der Gemeinden.

WTB. Berlin, 4. Juli. (Drahtnachricht.) Der Reichsernährungsminister hat folgenden Erlaß an die Kreisämter, Kommunalverbände und Gemeinden gerichtet:

„Um über die Maßnahmen, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden sind, zur vollen Durchführung zu bringen, bedarf es einer zeitweiligen Mitarbeit der Gemeinden und Kommunalverbände. Die Preisfestsetzung ist in der Weise erfolgt, daß den Kommunalverbänden die Waren zu billigeren Preisen zur Verfügung gestellt werden. Es muß nunmehr dafür gesorgt werden, daß nicht Zuschläge von Zwischenhändlern und Zwischenhändlern genommen werden, welche die Absicht der Verbilligung teilweise unwirksam machen. Die Preise sollen getragen bei Reis Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 2 Mark, bei Hülsenfrüchten Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 1,25 Mark, bei Mehl ein Pfundpreis im Kleinverkauf von 82 bis höchstens 84 Pfennige, für Fleisch in kleinen und mittleren Städten 9 Mark für das Kilogramm, in großen Städten von höchstens 9,50 Mark das Kilogramm. Bei Speck 8 Mark das Kilogramm. Aubenferierte Milch eine Maß 1,80 Mark. Bei den Kommunalverbänden und Gemeinden dürfen Nebenabgaben aus der Verteilung der ausländischen Lebensmittel nicht erzwungen werden.“

Englische Einsicht.

„Die Unterernährung als Ursache der Unruhen.“

WTB. Amsterdam, 4. Juli. (Drahtnachricht.) Den englischen Blättern vom 2. d. Mts. zufolge hat die Regierung am 1. Juli ein Weißpapier mit weiteren Beschlüssen britischer Offiziere über die wirtschaftliche Lage in Deutschland veröffentlicht. In diesen Beschlüssen wird die politische Instabilität hauptsächlich auf die Unterernährung und den Hunger zurückgeführt. Ueber England berichten die britischen Kommissionen, daß es eine wundervolle kleine Provinz mit ordnungsliebender, hart arbeitender und moralisch gesunder Bevölkerung sei. Das ganze Land bis zur Grenze sei reich und glücklich, und es solle ihnen gestattet werden, deutsch zu bleiben.

150 Millionen für Kriegsgefangene!

WTB. Berlin, 4. Juli. Um den Kriegsgefangenen, die so schwer erduldet, bei ihrem Wiedereintritt in das bürgerliche Leben eine Hilfe zu leisten, hat sich die Reichsregierung aus eigenem Entschluß bereit gefunden, 150 Millionen Mark auf Antrag des Reichsministers der Finanzen zur Verfügung zu stellen. Dienen Betrag erbt die Kriegsgefangenenbeimkehr, eine Maß über ganz Deutschland bis in die kleinsten Orte erstreckende Organisation, als Reichsausschuß zu ihren eigenen, durch Gemeinnützigkeit aufzubringen Mitteln, um sie in wirtschaftlicher Weise in die bürgerliche Lebensbahn zurückzuführen. Näher zu machen, insbesondere durch die Beschaffung von Arbeitsmitteln und Arbeitsgerät.

Emonts Beschwerde abgelehnt.

WTB. Berlin, 4. Juli. (Drahtnachricht.) Die Strafammer hat die von Emonts eingelegte Beschwerde gegen seine Verhaftung abgelehnt.

Arbeitskräfte in Frankreich und Italien.

WTB. Paris, 4. Juli. (Drahtnachricht.) (Reuter.) Im Zusammenhang mit der 24 stündigen internationalen Hungerkündigung in Frankreich und Italien wird die Arbeit am 21. Juli eingestellt werden.

Frankösisches Amtliche in Rom.

WTB. Bern, 4. Juli. (Drahtnachricht.) Nachrichten über Amtliche der französischen Botschaft in Rom haben in italienischen parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Die „Avanti“ meldet, daß der Botschaftler Barreca in dieser Angelegenheit eine ernste Unterredung mit dem Ministerpräsidenten gehabt.

Die deutsch-österreichische Denkschrift.

Die deutsch-österreichische Friedensdelegation überreichte der Friedenskonferenz eine ausführliche Denkschrift, in der das Verhalten der einzelnen Nationen des alten Österreichs zum Staat und zum Kriege geschildert und ihre volle Mitverantwortlichkeit für die Folgen des Krieges bewiesen wird. Einleitend sagt die Denkschrift, daß der Friede nur dann Bestand haben könne, wenn er auf Tatsachen und unbestrittenen Rechtsgründen beruhe, und daß nur diese zwei Grundpunkte der Sache einer Abgrenzung oder Bestätigung weiterer Grundlagen vorliegen könnten. Die Friedensdelegation hält es für ihre Pflicht, zu beweisen, daß die vorgelegten Entwürfe zum Teil nicht auf wirklichen geschichtlichen Tatsachen, zum Teil auf unhaltbaren Rechtsgrundlagen aufgebaut sind.

Die Denkschrift führt sodann den Nachweis, daß in der Monarchie nicht etwa ein beherrschendes Volk einem oder mehreren kleineren und beherrschten Völkern gegenüberstand, sondern daß ein unaufhörlicher Wechsel der Macht herrschte, bei dem alle Völker bis auf die Ukrainer in gewissem Grade an der Herrschaft teilnahmen. Alle zusammen und jedes für sich betrieben eine Aenderung der geltenden Verfassung, oder eines der Sprengung des bestehenden Staatsverbandes. Die Denkschrift legt dar, daß die verschiedenen Reformen der Verfassung des alten Österreichs, die von den verschiedenen Völkern des Staates jeweils zu betreiben waren. Die Nationalitäten Österreichs haben nicht nur in den großen Fragen der Verfassung, sondern auch in den kleineren Fragen des Alltags im politischen Leben des Staates mitgewirkt. Es ist ein Faktum, daß die Deutschen allein und überall die herrschende Nation, die übrigen Völker ohne Ausnahme beherrscht waren. Die Herrschaft ist niemals, daß für alle Nationen mit Ausnahme der Ukrainer in die Herrschaft teilten und durch die Fortführung und Beendigung der demokratischen Verfassungsreform eine einheitliche und befriedigende Ordnung ihrer wechselseitigen Macht und ihrer Rechte herbeiführen sollte zu schaffen erwarteten. In dieser Entwicklung haben die Völker während des Krieges teilgenommen. Die von ihnen auf Grund des allgemeinen Rechts gemachten Rechte können nicht als kompetente Zeugen gelten. Auf ihr Votum stützt sich weiter die Beweisführung der Denkschrift, welche darlegt, daß keine der Nationalitäten Österreichs die Traditionen, die sie mit dem österreichischen Staat verknüpfen, durch eine Revolution oder einen Revolutionsversuch zerbrechen wollte, sondern daß alle das politische, administrative und wirtschaftliche Leben des Staates so lange mitlebten, bis der Staat durch einen von außen kommenden Anstoß zu selbst zerfiel.

Die Denkschrift führt sodann aus, daß die Polen den Krieg mit Begierde begrüßten, weil sie erkannten, daß eine Wiederherstellung Polens nur durch die Niederwerfung des zaristischen Rußlands mit Hilfe Österreichs verwirklicht werden konnte. Durch Stille aus Kundgebungen des Bundes und des Potentats und aus dem verschönerter Abschieden wird nachgewiesen, daß die polnischen Führer sich mit dem österreichischen Staat identifizierten. Bei den Stilleman war der Kampf gegen Italien ebenso populär wie der Kampf gegen Rußland bei den Polen. Die Vereinigung aller slawischen Stämme war ihnen freilich erwünscht, aber es war eine offene Frage, ob sie mit Hilfe und im Rahmen Österreichs oder mit Hilfe Serbiens herbeiführen werden sollte. Das kroatische Volk war für die erste Lösung. Als Beleg für diese geschichtliche Tatsache werden gleichfalls Zitate aus der Resolution des slawischen parlamentarischen Ruhs und des Landtags sowie aus den Reden verschiedener Abgeordneter angeführt.

Auf die Tatsache übergehend führt die Denkschrift aus, daß ihr Verhalten von jeder nicht auf Auflösung, sondern auf Beherrschung der Monarchie ausging und daß ihre politische Rechnung immer bestand, der Monarchie möglichst viel slawische Gebiete einzuverleiben, um den slawischen Einfluß innerhalb des Reiches zu vergrößern. Daher stimmten die Tschechen auch schon 1878 im Gegensatz zu den Deutschen für die Okkupation Bosniens. Bei Beginn des Krieges war die öffentliche Meinung der Tschechen zwar gespalten, aber sie ging mit leidenschaftlichen Hoffnungen in den Krieg. Er brachte im Falle des Sieges ein vergrößertes, also slawisches Österreich, und damit die schicksalhafte Vorherrschaft. Im Falle der Niederlage ein unermäßig großes russisches Slawenreich. Durch eine Reihe von Urkunden und Zitaten wird bewiesen, daß die Erklärung der verantwortlichen Vertreter der slawischen Nation bis zum letzten Tage für Österreich waren. Unter anderem wird das bekannte Schreiben des Abgeordneten Gometz, General und Minister an den Minister des Reiches angeführt, in welchem es heißt, daß das schicksalvolle Volk bloß unter dem schicksalvollen Eyger seine Zukunft erblickt. Daß nahezu alle slawischen Führer bis in die allerletzte Zeit nur an die Entwicklung der slawischen Autonomie im Rahmen Österreichs dachten, wird aus den Reden verschiedener Abgeordneter und aus der Resolution des Kongresses am 2. Januar 1918, der auch

Wichtige Abstimmungen in der Nationalversammlung.

Der Wahltag muß ein Sonntag sein. — Eine fünfjährige Legislaturperiode. — Ein Präsident, kein Obmann. — Die Kontrolle der auswärtigen Politik. — Wer kann Reichspräsident werden?

WTB. Weimar, 4. Juli. Am Regierungstische: Erzberger, D. v. H. Präsident Preussens eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15. H. v. T. (D. v. H.) stellt in einer kleinen Anfrage fest, daß die Höhe der Arbeiter in der

Artikel 35 bestimmt die Bestimmung eines händigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und eines Ausschusses zur Überwachung der Tätigkeit der Reichsregierung. Ein Antrag Heine (D. v. H.) und Gen. beantragt die Streichung des ganzen Artikels, ein Antrag Schäling (Dem.) die Streichung des Überwachungs Ausschusses. Die Unabhängigen beantragen nach einem Artikel 35a über die Verpflichtung der Reichsregierung zur Vorlage der über die Beziehungen des Reiches zu auswärtigen Staaten geführten Verhandlungen.

Pol- und Eisenbahnverwaltung erheblich über die Gehälter der unteren und sogar der mittleren Beamten emporgeschritten sind, und fragt die Regierung, was ihre Stellungnahme zu dieser Umkehrung der Verhältnisse sei.

Abg. Heine (D. v. H.): Unter allen Umständen würde durch einen solchen Ausschuss Unklarheit in die auswärtige Politik

Geheimer Regierungsrat Saemisch gibt den in der Anfrage geforderten Substanz als richtig zu. Die gegenwärtigen Verhältnisse müßten als vorübergehend angesehen werden, denn der Abgang der Arbeiterkräfte werde bei einem Sinken der Preise außer Frage.

Unklarheit in die auswärtige Politik getragen werden und die Möglichkeit von Indispositionen wecken. (Beifall.)

Abg. Rossmann (D. v. H.) macht in einer Anfrage Mitteilung von einem durch das Kartell der freien Gewerkschaften in Göttingen geführten und an die Verwaltung der hiesigen Klinik in Göttingen gerichteten Beschluß, wonach die dort beschäftigten Arbeiter bei Anwendung sofortiger Entlassung sich einer freien Gewerkschaft anschließen sollen.

Abg. Schäling (Soz.): Was wir hier verlangen, ist kein Mißtrauensvotum, sondern es ist lediglich die Anerkennung der Notwendigkeit, daß die Volkserziehung dem Volke gegenüber verantwortlich ist.

Regierungsvertreter Dr. Böwe bejehmet im Auftrage des Reichsarbeitsministeriums den Beschluß als eine unzulässige Beschränkung der Koalitionsfreiheit.

Ein heiterer Zwischenfall. (Als Redner eine kleine Pause macht, versucht eine Dame, die schon einige Zeit sich neben ihm aufgestellt hat, zur Veranlassung zu sprechen. Sie wird aber, nachdem sie nur die Worte „Von der Maas bis zur Memel“ gesprochen hat, vom Präsidenten aufgefordert, den Platz zu verlassen und, da sie hierauf an Ministerische Platz nimmt, auf Anordnung des Präsidenten durch einen Diener aus dem Saale entfernt.)

Es sei beachtlich, in dem Gelehrtenrat über die Vertriebsrechte diesen die Wahrung der Koalitionsfreiheit zur Pflicht zu machen.

Abg. Haase (U. S.): In keinem Lande ist die auswärtige Politik in dem Maße

Hierauf wird die zweite Lesung der Textfassungsvorlage fortgesetzt. Artikel 25 sieht die Auflösung des Reichstages

Geheimwissenschaft, wie bei uns. Das zeigen uns die Vorgänge im Baltikum. In Riga sind allein 7000 Personen erschossen worden unter dem Vorwande, daß sie Bolschewisten seien.

durch den Reichspräsidenten vor. Die Neuwahl soll spätestens am 60. Tage nach Auflösung stattfinden.

Reichsminister Dr. Bruch: Die Annahme des Antrages Haase würde die Abhängigkeit jeder Verantwortlichkeit der regierenden Stellen bedeuten. Er wäre die Auflösung jeder geordneten Regierung und würde schließlich zu einer Diktatur führen, sei es des Proletariats, sei es — und das ist das Wahrscheinlichere — zu einer anders gearteten Diktatur.

Abg. Haase (U. S.): In keinem Lande ist die auswärtige Politik in dem Maße

Abg. Dr. von Dehnbil (D. v. H.): Der Antrag Haase lehnen wir unter allen Umständen ab.

wählt der Reichstag keinen Obmann, dessen Stellvertreter und seine Schriftführer.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Saubmann (Dem.) beantragt, statt Obmann wieder Präsident einzusetzen.

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Abg. Heine (D. v. H.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung eine gutes, volkstümliches und gemeinerständliches Deutsch anzulegen, ohne dabei in den Fehler der Volksstimmeln zu verfallen. Ich möchte für das Wort den Ausdruck „Vorkämpfer“ vorschlagen.

Abg. Winnig (Soz.): Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren. Aber diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Was

Kramarsch und Kalkin angehört, erweisen. Schließlich wird daran erinnert, daß dieselbe Politik auch noch in allerletzter Stunde beim Empfang der tschechischen Führer durch Kaiser Karl im Oktober 1918 in Geltung war. Die Resolution der Tschechen sieht in denselben Tagen des Jahres 1918 ein Mitglied der Deutsch-Tschechischen. Das Schwanken der tschechischen Politik darf nicht uns zu Nutzen fallen und nicht dazu mißbraucht werden, die historische Wahrheit zu unserem Nachteil zu fälschen. Beim Zusammenbruch ging die staatliche Gewalt im gegenseitigen Einverständnis mit Österreichischen Staat ebenso wie auf den deutsch-tschechischen Staat über. Diese Tatsache kann nicht ernsthaft bestritten werden und die Fiktion, daß Deutsch-Tschechien und die Nationalitäten Krieg miteinander geführt hätten, ist nicht aufrechtzuerhalten. Die schärfste Wahrheit ist: Die österreichisch-ungarische Monarchie hat den Krieg geführt und verloren und ist dadurch untergegangen. Auf ihrem Boden erheben sich neue Staaten, jeder einzelne und alle miteinander sind die gleichen Erben des gleichen Unheils.

Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 4. Juli. Präsident Heinemann eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20. Zur Beratung steht der Bericht über die Orden- und Titelfrage.

Der die Aufhebung der des Titels- und Ordenswesen betreffende Verordnung vorschlägt.

Abg. Neumann-Mensel (Soz.): Da schon in etwa 14 Tage eine Reichsrechtliche Regelung im Sinne der Verordnung erfolgen wird, werden wir gegen die Aufhebung stimmen.

Abg. Ludwig (U. S.): Auch das Tragen der alten Orden sollte verboten werden.

Abg. Schreiber-Halle (Dem.): Ein Volksstaat kann auf Titel und Orden verzichten. Etwas anderes ist es, wenn es sich um Bezeichnungen handelt. Wir wollen aber, daß die heimkehrenden Kriegsgelungen die ihnen zuteilenden Ehrentitel erhalten. Darum sind wir für die Aufhebung der Verordnung.

Abg. Dr. Reibig (D. v. H.): Die Inhaber der Eisernen Krone werden Herrn Ludwig seinen Dank wissen.

Der Antrag zu handhaben wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen. In dritter Lesung angenommen wird die Vorlage über eine weitere Beihilfe zu den

Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden, die Modelle zum Staatsfürsorgeunterstützungsgesetz und die Modelle zum preussischen Gerichtsverfassungsgesetz. Der Gelehrtenrat über die vorläufige Regelung einiger Punkte des Gemeindeverwaltungsrechts ohne Aussprache an den Gemeindeausschuss.

Hierauf wird die zweite Lesung des Handels- und Gewerbe-Etats fortgesetzt.

Unterstaatssekretär Reubens: Der Minister ist zu seinem Bedauern auch heute noch verabschiedet, von Weimar hierher zu kommen.

Abg. Frahn (Dem.): Die Zwangswirtschaft muß abgebaut und der freie Handel, sobald wie möglich eingeführt werden. Die Folge der Planwirtschaft wird sein, daß das Kapital noch mehr als bisher nach dem Auslande flüchtet.

Abg. Dr. Kalle (D. v. H.): Die ganze Schwere des wirtschaftlichen Zusammenbruchs wird erst in der Zukunft erkennbar werden. Dem Planwirtschaftsentwurf liegt das erste Streben nach Vermehrung der Gütererzeugung zugrunde. Aber auch wir sind nicht einverstanden mit dem gefassten Plan, den er aufweist. Die Kontrolle des Wirtschaftslebens nach der sozialen Seite bedarf des Ausbaus. Das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern wäre schon die intentionäre, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Massen hinter sich hätten.

Abg. Wilsam (Dem.): Auch wir haben schwere Bedenken gegen den Planwirtschaftsentwurf. Handel und Industrie darf nicht in Fesseln gelegt werden. Wir hoffen, Arbeitskraft und Arbeitslohn werden unter Volk bald wieder in die Höhe bringen.

Abg. Menzel (U. S.): Kapital und Arbeit sind Gegenüber wie Feuer und Wasser. Das ganze kapitalistische System hat versagt. Der freie Handel hat sich nicht bewährt. Dienstag 1 Uhr: Sortierung; vorher kleine Anfragen und Anträge. Schluß 5 1/2 Uhr.

Bayern für die Ratifizierung des Friedensvertrages.

WTB. Bamberg, 4. Juli. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten tritt heute vormittag zusammen, um zur Frage der Ratifizierung des Friedensvertrages durch die bayerische Regierung und den bayerischen Landtag Stellung zu nehmen. Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten Hofmann, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages zu tunen werde, und nach Abgabe von Erklärungen seitens der einzelnen Parteien konstituierte der Ausschuss das Ausschüsse, daß der Ausschuss einstimmig den Beschluß gefaßt habe, daß die bayerische Regierung und der Landtag den bayerischen Landtag in Berlin dementsprechend, die bayerischen Stimmen im Reichstag für die Ratifizierung des Friedensvertrages abzugeben.

Ein Telegramm der Frankfurter Streikleitung.

WTB. Frankfurt a. M., 4. Juli. Zum hiesigen Eisenbahnerausstand erfahren wir, daß die Streikleitung in einem Telegramm an das Ministerium sich zu Verhandlungen bereit erklärt hat. Dieses Telegramm ist jedoch, wie wir heute morgen bei einer telefonischen Unterredung der hiesigen Streikleitung mit dem Ministerium herausstellte, in Berlin nicht angekommen. Die Streikleitung legt Wert darauf zu erklären, daß die Forderungen sich lediglich auf wirtschaftlichen Gebiete bewegen und daß die den politischen Strömungen keinerlei Einfluß gewährt werde. Es handle sich durchaus nicht um einen sogenannten streik, sondern die Bewegung liege in den Händen der Organisation. Man werde bestrebt sein, in jeder Weise Schädigungen der Bevölkerung bezüglich der Lebensmittellieferung zu verhindern.

Verhandlungen mit den Berliner Straßenbahnern.

Die Verhandlungen dauern noch an. Berlin, 4. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In dem Hause des Groß-Berliner Ballungsrates haben heute nachmittags um 2 Uhr die Verhandlungen mit den

Streikbahnern begonnen, zu denen der Ballungsrat die Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie die in Frage kommenden Behörden eingeladen hat. Die Verhandlungen, die von einem Mitgliede des Ballungsrates geleitet werden, tragen streng vertraulichen Charakter. Wie wir von unrichtiger Seite hören, stehen die Aussichten für eine baldige Beendigung des Streiks nicht ungünstig. Die Streikleitung hat mit einer starken Opposition in den Reihen der Ausländischen zu rechnen, die nicht unwichtig ist. Die Verhandlungen dauern noch an.

Der Eisenbahnerstreik ist für Berlin im großen und ganzen als erledigt anzusehen. Nur wenige Arbeiter sind der Arbeit noch fern geblieben. Der Verkehr leidet nach wie vor unter dem Personalmanque, da zu den normalen Reparaturen noch diejenigen dazu kommen, die während des Streiks nicht erledigt werden sind.

Der Streit um die Auslieferung.

WTB. Bamberg, 4. Juli. Der Reichsgerichtspräsident des „Telegraph“ meldet: Die Minister werden binnen kurzem eine Kommission einleihen, die darüber zu wachen haben wird, daß

Deutschland die Friedensbedingungen erfüllt. Für die einzelnen Bedingungen werden Interkommisionen gebildet werden. Eine davon wird mit der Durchführung der Reparationen beauftragt werden. Unter ihren Mitgliedern wird sich ein hoher englischer Richter befinden. Sie wird zunächst in eine entsprechende Zusammenkunft der Geschäftsführer, vor dem der Kaiser erscheinen wird, treten und dafür sorgen, daß er seine Aufgabe erfüllen und verordnete Strafe ausüben kann. Die Note an die niederländische Regierung wurde in seinem Hinblick den Charakter eines Ultimatus haben, sondern die Auslieferung wird unter voller Anerkennung der souveränen Rechte der Holländer erkannt werden. Die Holländer stellen sich weiger und Schlichter der beiden Staaten, zu dem Lande gehen, das Ergeben. Der Kaiser wird, wenn er vor dem Gerichtshof erscheinen wird, nach dem Lamer gebracht werden.

Lloyd George über Deutschlands „Schandtat“.

WTB. Amsterdam, 4. Juli. Nach einer Meldung des „Telegraph“ aus London sagte Lloyd George in seiner letzten Rede, die Bedingungen seien zwar sehr schwer, aber auch die Sünden, die die Welt vor sich sieht, seien groß. Er treue sich darüber, daß Gelegenheit gegeben sei,

